EP-G-01-616

B – Was Gerechtigkeit schützt

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Änderungsantrag zu EP-G-01

Von Zeile 615 bis 616 einfügen:
auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür einsetzen, die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

6. FÜR EIN ALTERSGERECHTES EUROPA
Das Durchschnittsalter der Menschen in Europa ist das höchste aller Weltregionen, Tendenz steigend. Wir wollen, dass der demografische Wandel als Chance für uns alle betrachtet wird. Das Wissen, die Lebenserfahrung und die Aktivität der älteren Bürger*innen Europas können ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt der Gesellschaft sein. Das beweisen Tausende ehrenamtlich engagierte Alte jeden Tag.
Nicht alle alten Menschen sind krank, gebrechlich oder gar pflegebedürftig. Deshalb ist es wichtig, dass auch für Ältere Chancengerechtigkeit im Arbeitsleben, im Ehrenamt oder in der Familie hergestellt wird, denn die barrierefreie Teilhabe an allen Facetten des Lebens nutzt nicht nur den Älteren.
Eine gute und sichere Pflege sowie eine stärkere Unterstützung pflegender Angehöriger ist unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge für Ältere in ganz Europa. Die zunehmende Kommerzialisierung der Pflegeeinrichtungen birgt große Gefahren für deren Qualität und die Sorgfalt der erbrachten Leistungen. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf seitens der Politik.
Altersfreundliche Städte und Gemeinden sind an sich bereits kinder-, familien- und altersfreundlich. Deshalb wünschen wir uns, dass möglichst viele Kommunen und Regionen in Europa dem globalen Netzwerk altersfreundlicher Städte und Gemeinden „Age friendly cities and communities“ der Weltgesundheitsorganisation WHO beitreten. Ziel des Netzwerks ist es, Menschen zu ermöglichen, in ihrem Lebensumfeld gesund, sicher und unabhängig altern zu können.
Barrierefreie Mobilität erfordert den Ausbau eines barrierefreien öffentlichen Verkehrsnetzes. Wir möchten, dass dies über Ländergrenzen hinweg in der gesamten EU realisiert wird. Die Ausweitung barrierefreier Mobilität reduziert den Individualverkehr und ist damit ein wichtiger Baustein zur Verminderung der CO2- Emissionen.
Die Berücksichtigung von Erkenntnissen zum barrierefreien Bauen ermöglicht älteren Menschen das „Aging in Place“, das „Wohnenbleiben“ in den eigenen vier Wänden auch im hohen Alter und bei zunehmenden, altersbedingten Einschränkungen. Auch dafür treten wir ein.
Die Interaktion zwischen Jungen und Alten findet mangels „natürlicher Begegnungsereignisse“ zu wenig statt. Es braucht dafür mehr öffentliche Orte und Gelegenheiten, die so gestaltet sind, dass sich die Generationen im Alltag begegnen, interagieren und voneinander lernen können. Wir fordern die Schaffung eines Amtes, das vergleichbar mit den deutschen Jugendämtern für die Belange Älterer verantwortlich ist.
Ein wachsender Teil der älteren Menschen Europas im Rentenalter ist von Altersarmut betroffen, besonders Frauen. Wir stehen für die Stabilisierung des Lebensstandards im Alter durch Rentenzahlungen, die ein selbstbestimmtes Leben für alle älteren Menschen in Europa ermöglichen sowie für eine selbstbestimmte Flexibilisierung des Eintritts in die Rente.

Ältere Menschen werden in vielen Lebenszusammenhängen diskriminiert oder ausgegrenzt. Wir treten für eine gesetzliche Festschreibung der Pflicht zur Gleichbehandlung und ein Diskriminierungsverbot älterer Menschen ein. Altersdiskriminierung ist oft nicht sofort als solche erkennbar und doch verbreitet in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz, im Alltag und sogar in Familien. Das Alter muss umgehend als Diskriminierungsmerkmal anerkannt werden, um betroffene Ältere wirksam schützen zu können. Auch deshalb fordern wir eine UN-Konvention für die Menschenrechte Älterer.

Der nachfolgende Teil von Kapitel B rutscht dann um eine Ziffer auf, also 7. „Verbraucherschutz“

Begründung

Begründung:
Der bereits heute enorme (ca. 1/3 in D) und in der Zukunft noch wachsende Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung verdient ein eigenes Unterkapitel. Nur so können wir glaubhaft machen, dass wir gute Politik für die ganze Gesellschaft machen wollen.

weitere Antragsteller*innen

Andrea Jäger (KV Rems/Murr); Elke Christiane Langenbrink (KV Wesel); Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Birgit Jürgens (KV Kassel-Stadt); Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Christa Zöllner-Haberbosch (KV Biberach); Jürgen Mülders (KV Mönchengladbach); Barbara Fritz (KV Hildesheim); Heike Kohlhase (KV Wesel); Barbara Steinke (KV Hamm); Wolfgang Buddemeier (KV Wesel); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Adolf (Addi) Wiedemann (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Brigitte Sakrzewski (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); sowie 63 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.